



Jörg Kachelmann
@Kachelmann
Es gebieten Anstand und Respekt vor der Familie des französischen Polizisten, das kurssierende Videomaterial nicht anzusehen. #charliehebdo

Martin Werlen
@MoenchMartin
Nach so Schrecklichem zuerst einmal innehalten und mit-leiden! Wer das vor eigenen Karren sperrt, sagt mehr über sich als über andere

Viktor Giacobbo
@viktorgiacobbo
Auch als Satiremacher kann man zur ganzen Scheisse nicht mehr als Entsetzen äussern.

Regula Stämpfli
@laStaempfli
oberflächlicher Solidarität mit #JeSuisCharlie steht der EU-Kommission nicht an: Es braucht soziale Wirtschafts- & Flüchtlings-politik! #euro

Kurt Pelda
@KurtPelda
Trauermarsch für die Pariser Terroropfer am Bürkliplatz in Zürich: Wir Journalisten lassen uns nicht terrorisieren.

Jabba
@Jabba77529405
Jede Religion hat das Recht verarscht zu werden. #JeSuisCharlie

Schweizer Parlament
@chparlament-
#Info: Ratspräsidenten verurteilen Tat aufs Schärfste

David Herzog
@diuuk
«Tun wir, was den Tätern am meisten missfällt und den Opfern am meisten entspricht: Bleiben wir frei.» Navid Kermani

Andrea Caroni
@AndreaCaroniAR
Feige Terroristen attackieren einen unserer höchsten Werte

Christian Levrat
@ChristianLevrat
Die Meinungsfreiheit verteidigen. Alle Barbarei bekämpfen, wo sie sich zeigt. Ohne Konzession.

Christophe Darbellay
@C_Darbellay.7
#CHARLIE_HEBDO Ich denke an die Zeichner, an die Journalisten, aber auch an die Polizisten. Letztere werden zu oft vergessen

Anschlag auf «Charlie Hebdo» bestärkt Nachrichtendienst

Terrorismus Im Parlament zeichnet sich eine Mehrheit für neue Überwachungsinstrumente ab

VON LORENZ HONEGGER

Es klingt grausam, doch für Politikwissenschaftler bestehen wenig Zweifel: Bei extremen Ereignissen wie dem Anschlag auf die Pariser Redaktion von «Charlie Hebdo» am Mittwoch gibt es fast immer jemanden, der politisch profitiert. In dem Moment, in dem sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Problem fokussiert, eröffnen sich für einige politische Akteure sogenannte Möglichkeitsfenster: Gelegenheiten, um ein bestehendes Anliegen durch den Entscheidungsprozess zu bringen.

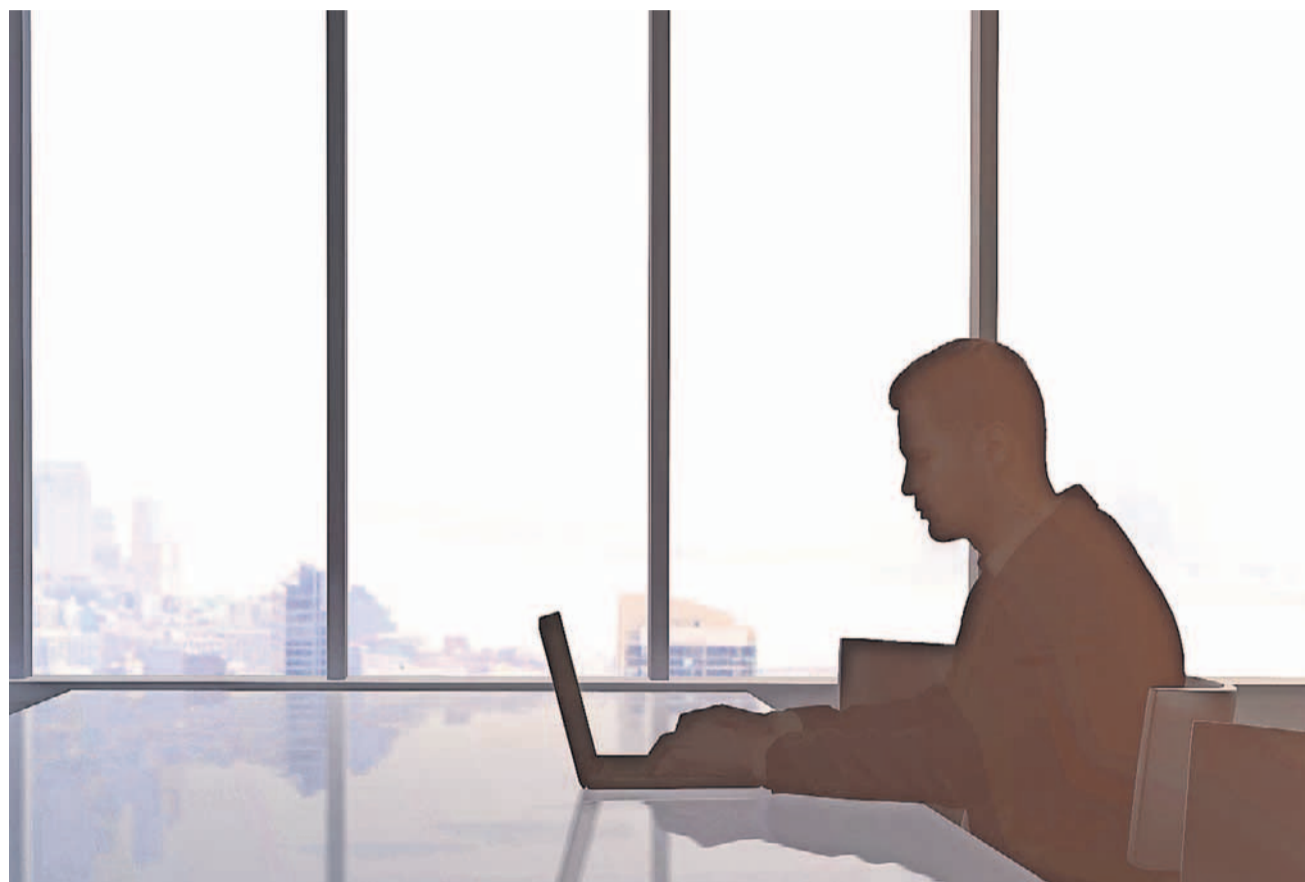
Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) befindet sich aktuell in einer solchen politisch günstigen Situation. Hinter den Kulissen lobbyiert der NDB seit Jahren für mehr Überwachungskompetenzen. Zur Abwehr von Terrorismus und anderen Bedrohungen will der Dienst in «rund zehn Fällen pro Jahr» Ortungs- und Überwachungsgeräte einsetzen, in Computersysteme eindringen sowie Gebäude, Fahrzeuge und «Behältnisse» durchsuchen. Alles Methoden, die derzeit verboten sind. Selbst dann, wenn etwa radikalisierte Dschihadisten aus Kriegsgebieten in die Schweiz zurückkehren.

Robuste Mehrheit

Der Zufall will es, dass der Nationalrat in der kommenden Frühlings-session das neue Nachrichtendienstgesetz berät. Unter dem Eindruck des Massakers von Paris wird sich die grosse Kammer der nachrichtendienstlichen Wunschliste kaum noch verweigern. Ein Blick auf die Änderungsverträge der Sicherheitspolitischen Kommission zeigt, dass der Widerstand schon vor dem Anschlag hauptsächlich von den Grünen, der SP und den Grünliberalen kam. Eine robuste Mehrheit dürfte den Vorschlägen des Bundesrates weitgehend folgen.

Das ist nicht selbstverständlich – noch im Sommer sah es deutlich weniger gut aus für den NDB. In der «Neuen Zürcher Zeitung» äusserten Befürworter die Befürchtung, «das Gesetz könnte abstürzen». Jetzt wagen nicht einmal mehr die Grünen als ärgste Gegner der Vorlage auf eine Ablehnung zu hoffen. «Ich habe nicht den Eindruck, dass das Gesetz noch kippt», sagt der grüne Nationalrat Daniel Vischer (ZH). «Die Wahrscheinlichkeit einer Annahme ist gestiegen», sagt auch FDP-Nationalrat Ruedi Noser (ZH), der zu den wenigen Kritikern auf der bürgerlichen Seite gehört.

Der NDB erhält die neuen Überwa-



Neue Überwachungsinstrumente sollen die öffentliche Sicherheit garantieren.

THINKSTOCK

PANIKRAUM

Polizeischutz für Schweizer Medienhaus

Der Angriff in Paris weckt Erinnerungen an die dänische Mohammed-Karikaturenkrise von 2006. Der Zeichner Kurt Westergaard veröffentlichte damals in der Zeitung «Jyllands-Posten» Karikaturen mit dem Titel «Das Gesicht Mohammeds». Im Mai 2010 entging er nur knapp einem Mordanschlag, da er in seinen von der Polizei gebauten Panikraum flüchten konnte. Das schuss- und einbruchsichere Badezimmer rettete ihn. Auch in der Schweiz werden seit ges-

chungsinstrumente frühestens 2016: Mehrere Jungparteien haben angekündigt, in jedem Fall das Referendum zu ergreifen.

Ungeachtet dessen ist es umstritten, ob mehr Überwachung einen terroristischen Anschlag in der Schweiz verhindern kann. Das französische Magazin «Le Point» berichtet, dass die zwei Attentäter von Paris schon vor dem Anschlag auf dem Radar der Geheimdienste gewesen seien. Obwohl diese über ungleich grössere Mittel als die Kollegen vom Schweizer NDB verfügen,

tern Sicherheitsvorkehrungen für Medienhäuser getroffen. «Nach dem Vorfall haben wir sofort Kontakt mit den Kantonen und dem Nachrichtendienst aufgenommen», sagt Mario Cortesi, Sprecher der Kantonspolizei Zürich. Es habe eine Lagebeurteilung stattgefunden und erste Massnahmen wurden getroffen.

So ist seit gestern etwa vor dem Axel-Springer-Verlagsgebäude in Zürich, in dem sich die «Weltwoche» befindet, eine Polizeipatrouille stationiert. Ste-

konnten sie das Blutbad nicht verhindern.

«Schlussendlich gibt es keine totale Sicherheit. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne durch Überwachung Anschläge ausschliessen», sagt FDP-Nationalrat Noser. Dennoch werde er bei der Beratung des Nachrichtendienstgesetzes dem Antrag der Kommissionsmehrheit folgen und Ja stimmen.

Ähnlich äussert sich GLP-Nationalrat und Sicherheitspolitiker Beat Flach (AG). «Auch der beste Nachrichtendienst kann einen solchen Anschlag

fan Kunfermann, Sprecher des Bundesamtes für Polizei (Fedpol), sagt auf Anfrage: «Die Sicherheitsorgane sind wachsam.» Die Lage werde unabhängig von den Ereignissen in Paris laufend überprüft.

Der Verleger der Südostschweiz und Präsident des Schweizer Verlegerverbandes, Hanspeter Lebrument, sagt gegenüber der «Nordwestschweiz»: «Es liegt auch in unserer Verantwortung, für die Sicherheit der Mitarbeiter zu sorgen.» (LGI)

nicht zu 100 Prozent verhindern. Es braucht dieses Gesetz in dieser Form. Aber wir wollen keinen zweiten Fichen-Skandal. Der allergrösste Teil der Bevölkerung ist harmlos und hat ein Recht darauf, dass der Staat seine Privatsphäre schützt und respektiert.»

Auch SP-Sicherheitspolitikerin Edith Graf-Litscher (TG) kündigt an, ihre Fraktion werde trotz vieler Kritikpunkte auf die Debatte zum Gesetz eintreten. «Man muss sich bewusst sein: Es gibt keine Lebensqualität ohne öffentliche Sicherheit.»

In der Schweiz gibt es kaum eine Basis für radikalen Islam

Vergleich Die Zahl von radikalisierten Muslimen ist in der Schweiz tiefer als in Frankreich. Die Gründe sind vielfältig.

VON RINALDO TIBOLLA

Alles deutet darauf hin, dass die beiden Verdächtigen des Angriffs in Paris dschihadistisch motiviert waren. Schon seit Wochen und Monaten wurde in Frankreich über Dschihadaktivisten und -reisende nach Syrien und Irak diskutiert. Ihre Zahl schätzte die Regierung Ende Oktober 2014 auf rund 1000 französische Bürger, 360 davon hätten sich schon an Gefechten beteiligt, etwa die Hälfte davon sei auf dem Weg, 200 seien bereits wieder zurück. Einen

grossen Teil ordnete die Regierung auch der Rekrutierungsmaschinerie in Frankreich selbst zu. In der Schweiz liegen die Zahlen vergleichsweise tief: Der Nachrichtendienst erwähnt 62 Fälle von dschihadistisch motivierten Reisenden.

Viele Muslime aus dem Balkan

Was macht es aus, dass die Schweiz weniger Potenzial für radikale, gewalttätige Aktivitäten bietet? In erster Linie hat es damit zu tun, dass sich die Schweiz aus dem internationalen Kampf gegen den IS raushält. Frankreich mischt da an vorderster Front mit den USA, Kanada, Australien und Grossbritannien mit. Experten haben noch andere Erklärungen.

Lorenzo Vidino, ehemaliger Mitarbeiter des Zentrums für Sicherheitsstudien

der ETH Zürich, hielt 2013 in einem Bericht zur dschihadistischen Radikalisierung in der Schweiz fest, dass einerseits die Basis fehlt. Gut 80 Prozent der Muslime in der Schweiz hätten ihre Wurzeln im Balkan oder in der Türkei, wo der Islam traditionell tolerant und apolitisch interpretiert werde. In Frankreich stammen die meisten Muslime aus den ehemaligen Kolonien und Protektoraten des Maghreb, vor allem aus Algerien, Tunesien und Marokko, wo Islamisierung stattfindet.

Andererseits würden Muslime laut Vidino in der Schweiz auch gut integriert – sozial, wirtschaftlich und kulturell. Islamwissenschaftler Reinhard Schulze von der Universität Bern stimmt dem zu. Muslime in den Gettos von Paris oder Marseille würden weniger in ihrer Umgebung eingebet-

tet. Eine Durchmischung wie in der Schweiz, wo Secondos aus Ex-Jugoslawien mit Schweizern im Fussballclub spielen, finde kaum statt. «Die Menschen können sich hier lokal viel besser integrieren als in Frankreich», sagte er in einem Interview mit der «Wochezeitung».

Schliesslich verweist Vidino darauf, dass in der Schweiz Institutionen und Persönlichkeiten fehlen, die sich öffentlich klar zum Dschihad bekennen. Wenn überhaupt, werde dies in privaten Gebetsräumen praktiziert. Der Sicherheitsexperte schätzt die Zahl dschihadistisch motivierter Muslime auf einige Dutzend. Laut Islamwissenschaftler Schulze hat die föderale Schweiz den Vorteil, dass die muslimischen Organisationen dezentral sind, was Nähe und Überschaubarkeit schaffe.

Muslimverbände tief betroffen

Die Schweizer Muslimverbände ihrerseits haben sich gestern klar vom Anschlag distanziert. Mit grossem Bedauern hätten sie von den schrecklichen Ereignissen in Paris Kenntnis genommen, heisst es in einer gemeinsamen Mitteilung der Föderation Islamischer Dachverbände Schweiz und der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz. Die Verbände seien zutiefst betroffen darüber, dass ein Massenmord im Namen des Islams begangen worden sei.

Der Islamische Zentralrat zeigt sich auf seiner Website «schockiert ob des brutalen Angriffs». Man verstehe den weit verbreiteten Missmut über die wiederholten gezielten Provokationen des Magazins. Dies rechtfertige jedoch nicht die Anwendung von Gewalt.